

Abrüstungsdemonstration in Bonn (Fortsetzung und Schluss)

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **70 (1976)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142594>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Abrüstungsdemonstration in Bonn

(Fortsetzung und Schluß)

Politische Beobachter des Westens haben registriert, daß die sozialistischen Länder mit ihrem jüngsten Vorschlag positiv auf den NATO-Vorschlag vom Dezember 1975 reagiert haben, und haben darüber ihre Genugtuung zum Ausdruck gebracht. Dieser Vorschlag sieht in einem Zwei-Etappen-Plan vor, die nationalen Streitkräfte auf nationale Höchststärken zu begrenzen, bei gleichzeitiger Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen um vorläufig 15 Prozent. Ein Vorschlag, der keinen benachteiligt.

Es bleibt deshalb unverständlich, wenn die Bonner Verhandlungsdelegation in Wien eine destruktive Haltung und zum Teil unrealistische Ziele verfolgt. Denn das einzig mögliche Verhandlungsprinzip, gleiche Sicherheit für alle, das dem bestehenden Kräftegleichgewicht entspricht, kann und darf nicht durch Forderungen nach ungleichmäßiger Reduzierung zunichte gemacht werden.

Entgegen den Positionen anderer Verhandlungsteilnehmer ist die Bundesrepublik in Wien nicht bereit, ihre Luftstreitkräfte in die Reduzierungskontingente einzubeziehen. Diese hartnäckige Weigerung läßt den Verdacht aufkommen, daß sich die Bundeswehr ihre Kernwaffenträger erhalten will, um sich doch noch die Möglichkeit offenzuhalten, eine eigene Kernstreitmacht aufzubauen bzw. im Rahmen einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen.

Auch das eben bewilligte neue Luftwaffensystem MRCA nährt diesen Verdacht. Unter diesem Aspekt sehen wir gemeinsam mit einer besorgten breiten internationalen Öffentlichkeit auf die nukleare Zusammenarbeit zwischen Bonn und dem Rassistenregime in Pretoria und mit dem militär-faschistischen Regime in Brasilien.

Auf eine grundsätzliche Weigerung der bundesdeutschen Delegation in Wien stoßen auch die Initiativen der USA und der Sowjetunion, in einer ersten Phase, gleichsam als Signal, ihre Streitkräfte zu reduzieren.

Damit kann die bundesdeutsche Verhandlungsdelegation, von anderen NATO-Staaten unterstützt, den fragwürdigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, erste Schritte eines Reduzierungsabkommens blockiert zu haben.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihren politischen Einfluß geltend zu machen, daß die neunte Runde der Wiener MBFR-Gespräche durch eine konstruktive Mitwirkung der Bundesrepublik erste Ergebnisse auf dem Wege zur Reduzierung von Streitkräften und Rüstun-

gen bringt. Das entspricht auch dem Auftrag der anderen westeuropäischen Regierungen.

Die friedliebende, demokratische Öffentlichkeit steht hinter der Bundesregierung, wenn es gilt, den Einfluß reaktionärer, gegen den Frieden gerichteter Kräfte zurückzudrängen. Die Bundesregierung darf sich nicht dem Druck der rechten Kräfte beugen, der darauf gerichtet ist, den Entspannungsprozeß rückgängig zu machen. Sie muß sich scharf gegen alle Aeüßerungen und Handlungen ihrer Mitglieder wenden, die angetan sind, dem Prozeß der Entspannung Schaden zuzufügen.

So sollte sich der Bundesaußenminister, Herr Genscher, sehr gut überlegen, wie in Zukunft mit dem Begriff der Entspannung umzugehen ist. Sein auf die Aeüßerungen des USA-Präsidenten Ford zurückgehendes Gerede vom Ende der Detente wurde von den reaktionären Kreisen in der BRD als Signal zur Verschrottung des Entspannungsbegriffs gefeiert.

Die Verantwortung der Bundesrepublik für die Sicherheit in Europa ist zu groß, um mit leichtfertigen Aeüßerungen im Interesse des Wohlwollens einiger politischer Kreise eine neue Politik der Konfrontation heraufzubeschwören. Die Regierung der Bundesrepublik hat es in der Hand, durch ihren Beitrag zur militärischen Abrüstung in Europa eine hervorragende Rolle zu spielen. Das würde insgesamt der Bedeutung der Bundesrepublik gerecht werden.

Indem die sozialistischen Länder in ihren neuen Vorschlägen von Wien auf die westlichen Vorstellungen eingegangen sind, Kernwaffen in den Reduzierungskatalog aufzunehmen, sollte nun auch die Bundesrepublik ihre Bereitschaft zu Kompromissen im Interesse der Entspannung beweisen. Ohne Kompromisse wird es in den Verhandlungen keine Ergebnisse geben. Wichtig ist, daß diese Kompromisse allen Seiten die Gewähr für gleiche Sicherheit bieten.

In der Vergangenheit hat sich jedoch erwiesen, daß sich ein solches Herangehen für die Politik der Bundesregierung günstig auswirkt. Besonders sichtbar wurden die Vorteile solcher kompromißbereiter Bemühungen der Bundesrepublik in Ergebnissen ihrer erfolgreichen Ostpolitik. Die Bundesrepublik vergrößerte dadurch ihren Handlungsspielraum, ihre Sicherheit erhöhte sich, und ihr internationales Ansehen war damit gestiegen.

Zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wurden seit Beginn der siebziger Jahre wichtige Abkommen unterzeichnet, die berechnete Hoffnungen erweckt haben, daß eine baldige Eindämmung des Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West möglich sein wird. Handelte es sich bei diesen Abkommen auch vorerst um eine Teilbegrenzung der strategischen Rüstungen, so waren sie doch unverkenn-

bare Zeichen dafür, daß sich die Erkenntnis, das Wettrüsten zu beenden, durchzusetzen beginnt.

Gewiß, eine weitere strategische Aufrüstung wurde hierdurch noch nicht verhindert; dennoch wurden mit der Annahme von Höchstgrenzen in der Anzahl strategischer Raketensysteme wichtige quantitative Entscheidungen getroffen. Für die friedliebende Menschheit waren diese Verhandlungsergebnisse ein wichtiges Signal, ihre Anstrengungen im Kampf für die Einstellung des Wettrüstens zu verstärken. Unser Kampf geht darum, daß weitere Abkommen folgen werden.

Trotz der ersten Erfolge auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Rüstung ist das Wettrüsten weitergegangen. Seit Abschluß des SALT-I-Abkommens im Jahre 1972 haben militärische, reaktionäre Kreise in den USA alles darangesetzt, die in den Abkommen erzielten Ergebnisse durch die Entwicklung qualitativ neuer strategischer Waffensysteme zu revidieren. Dabei sind neue gefährliche Waffen entstanden, die bereits jetzt zu ernsthaften Hemmnissen weiterer Verhandlungsergebnisse geworden sind. Reaktionäre Kreise stemmen sich entschieden dagegen, daß diese neuen strategischen Waffensysteme in vorgesehene Höchstgrenzen einbezogen werden.

Die Entscheidung der amerikanischen Regierung in diesen wichtigen Fragen hat eine große Bedeutung für den gesamten Verlauf der weltweiten Problematik der Abrüstung. Der zum Ausdruck gebrachte Wille der Vereinigten Staaten, zur Beendigung des Wettrüstens beizutragen, kann schließlich nur glaubhaft dargestellt werden, wenn eigene konstruktive Beiträge geleistet werden. Die Haltung der Vereinigten Staaten zu diesen bedeutenden Problemen hat einen nicht zu unterschätzenden Einfluß, besonders auf ihre verbündeten Staaten und deren Regierungen.

Die Ford-Administration sollte sich dieser großen Verantwortung noch stärker als bisher bewußt werden. Als Führungsmacht des Westens sollten die USA ihren ganzen Einfluß auf allen Ebenen der Abrüstungsverhandlungen geltend machen.

Dagegen verunsichern die innenpolitischen Auseinandersetzungen anläßlich des Wahlkampfes in den USA die europäischen Bündnispartner. Reaktionäre Kräfte in Westeuropa versuchen, die Schwäche der amerikanischen Politik ihren eigenen Zielen dienstbar zu machen. Besonders politische Kreise der Bundesrepublik und der Niederlande waren es, die in internen Absprachen versuchten, andere westeuropäische Länder auf eine Haltung zur militärischen Entspannung festzulegen, die sowohl den Interessen der USA als auch der militärischen Entspannung insgesamt widersprach.

Gegenwärtig ist zu verzeichnen, daß die Entspannungsgegner in den USA mit Darstellungen über die Schwäche der Vereinigten Staaten

und die wachsende Bedrohung des Westens durch die Sowjetunion die Regierung zwingen wollen, die Entspannung nicht nur verbal aufzugeben, sondern sie in ihrer Substanz auszuhöhlen. Präsidentschaftskandidat Reagan hat sich zum Sprecher dieser militanten reaktionären Kräfte gemacht. Er bezeichnet die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki als «Tamtam, das im Endergebnis eine Konzession an die Sowjetunion gewesen sei». Reagan fordert sodann auch eine weitere Erhöhung der Rüstungsanstrengungen und Rückkehr zu Verhandlungsprinzipien, die auf Positionen der Stärke beruhen. Das Verteidigungsbudget der Vereinigten Staaten von rund 112 Milliarden Dollar unterstreicht, daß den Forderungen der Entspannungsgegner weitgehend Rechnung getragen wird. Inzwischen wurden weitere 320 Millionen Dollar für die Produktion von strategischen Raketenwaffen und atomaren Sprengköpfen von Präsident Ford beantragt.

Dieses Zurückweichen vor den Entspannungsgegnern muß zum Hindernis für den Fortgang aller militärischen und letztlich auch der politischen Entspannung werden. Die Vereinigten Staaten tragen gemeinsam mit der Sowjetunion eine große Verantwortung und haben deshalb nicht nur die Möglichkeiten, sondern auch die Verantwortung, durch ihre Haltung zu weiteren Fragen der Abrüstung positive Ergebnisse zu erzielen.

Wissenschaft und Technik haben sich in einem Maße entwickelt, daß bei Anwendung ihrer Ergebnisse für militärische Zwecke die Gefahr besteht, durch künstliche Veränderungen der Umweltbedingungen die Existenz der Menschheit aufs Spiel zu setzen. Eine realistische Betrachtung dieser erschreckenden Tatsachen muß dazu führen, daß durch die Mitglieder des Genfer Abrüstungsausschusses diese Gefahr für die Menschheit unverzüglich gebannt wird. Die Bemühungen auf wichtigen Gebieten von Wissenschaft und Technik könnten durch ein entsprechendes Abkommen in Bahnen ausschließlich zur friedlichen Nutzung gelenkt werden.

Während auf dem Gebiet der biologischen Waffen eine erste echte Abrüstungsmaßnahme zustandekam, indem die Entwicklung biologischer Waffen eingestellt und die vorhandenen Bestände vernichtet wurden, ist nach wie vor das Verbot und die Vernichtung chemischer Waffen eine dringliche Aufgabe. Wenn es gelingt, auch zu diesem Problem Teillösungen zu schaffen, zum Beispiel das Verbot der gefährlichsten chemischen Waffen durchzusetzen, würden sich weitere Möglichkeiten für ein umfassendes Verbot der chemischen Waffen eröffnen.

Die Gesamtheit der Probleme, die bei der Abrüstung eine Rolle spielen, zeigt, daß weltweite Interessen davon berührt werden. Deshalb besteht die auf der 30. UNO-Vollversammlung erhobene Forderung nach einer Weltabrüstungskonferenz zu Recht. Sowohl die Regierung

der Vereinigten Staaten als auch die Bundesregierung sollten in der UNO und auf anderen internationalen Foren dafür wirken, daß eine solche Konferenz Wirklichkeit werden kann.

Wir fordern die Regierungen aller europäischen Länder und der USA auf, unverzüglich ihren Verpflichtungen nachzukommen, die sie in der Schlußakte von Helsinki übernommen haben, nämlich die Voraussetzungen zu schaffen, die die Zusammenarbeit der Völker auf friedlicher Grundlage sichern. Statt Hindernisse für die Entspannung aufzubauen, ist es an der Zeit, mit konstruktivem Handeln den Erfolg in der Abrüstung herbeizuführen.

In unserem Appell an die Bundesregierung steht an erster Stelle die Forderung, den rechten reaktionären, entspannungsfeindlichen Kräften den Weg zu verlegen, um zu verhindern, daß sie weiterhin den Entspannungsprozeß torpedieren. Die Politik der Bundesregierung kann nur darauf gerichtet sein, alle die Kräfte zu unterstützen, die aktiv gegen eine Erhöhung der Verhandlungsbarrieren auftreten. Eine konstruktive Abrüstungspolitik wird wie schon die erfolgreiche Ostpolitik der Bundesregierung positive Auswirkungen auf ihre innere Stabilität haben.

Die Entspannungsgegner wollen zurück zur Politik des Kalten Krieges und zur Konfrontation. Mit ihren Argumenten wollen sie beweisen, daß die gegenwärtige Bundesregierung nicht in der Lage sei, die sozialen Probleme, voran die Sicherung der Arbeitsplätze, zu lösen. Mit der Steigerung der Rüstungsproduktion und der Erhöhung der Arbeitskräftezahl in der Rüstungsindustrie versprechen sie, die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik zum Positiven hinzuwenden.

Es liegt mit in der Hand der Gewerkschaften und ihrer Führer, den Arbeitnehmern die Augen zu öffnen und sie auf die Gefährlichkeit dieser Entwicklung hinzuweisen, indem immer wieder und beharrlich die ganze Verlogenheit dieser Argumente entlarvt wird. Es ist doch ein ungeheuerlicher Zynismus, wenn gerade jene Kreise, die für die Ausweitung der Rüstungsindustrie verantwortlich sind, sich jetzt das Argument zu eigen machen, nur eine solide Rüstungsindustrie könne die Sicherheit der Arbeitsplätze garantieren. Nichts ist auf lange Sicht so unsicher für die Lebens- und Arbeitsbedingungen jedes einzelnen wie die Rüstungsindustrie.

Die Gewerkschaften müssen alles daransetzen und den Kampf darum führen, daß dort Arbeitsplätze geschaffen werden, wo auf lange Sicht soziale Sicherheit garantiert wird, und ausgeschlossen wird, daß aufgrund angehäuften Kriegsmaterials die Bundesrepublik zum Auslöser neuer politischer Krisen werden könnte.

Die politisch real denkenden und handelnden Kreise aller Parteien der Bundesrepublik werden ihren Druck auf die Bundesregierung, vor

allem aber ihren Kampf gegen die reaktionären Kräfte verstärken müssen, um den Prozeß der weltweiten Abrüstung voranzutreiben. Dieses Vorhaben erfordert, daß den Entspannungsgegnern eine festgefügte Front aller demokratischen, politisch-realistischen Kräfte entgegengestellt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, «mehr Abrüstung wagen» ist die Forderung, die wir hier und heute erheben, unerbittlich erheben, unwiderruflich erheben, unaufhörlich erheben. Der 22. Mai ist Auftakt, Eckstein, Ausgang vielfältiger Aktivitäten für die Abrüstung. Wir treten ein für mehr Demokratie, für mehr Reformen, für mehr Fortschritt. Wir meinen, daß mehr Demokratie, mehr Reformen und mehr Fortschritt ohne Abrüstung undenkbar sind. Wir wissen uns einig mit der internationalen Bewegung für Frieden und Abrüstung; wir handeln gemeinsam; wir stellen fest, daß in allen Ländern, in allen Kontinenten die Abrüstungsbewegung aufgebrochen ist, Kräfte sammelt und entwickelt, um einen Stopp des Wettrüstens durchzusetzen. Wir appellieren, laßt nicht nach, wenn wir weiterkommen wollen, neue Zuversicht haben wollen. Nur im Frieden, durch Zusammenarbeit und Abrüstung schreiten wir vorwärts auf dem Wege der Vernunft. Wir hier im Hofgarten kämpfen für unsere Zukunft, für einzig wahre Zukunft, die Fortschritt, Frieden, Abrüstung und Demokratie heißt. Wir hier im Hofgarten am 22. Mai 1976 in Bonn sind die Akteure unserer Geschichte. Wir hier — zusammen mit allen friedliebenden Kräften der Welt — treten dafür ein, kämpfen und handeln dafür, daß Abrüstung kein frommer Wunsch bleibt, sondern Wirklichkeit wird. Wir wissen, daß sie Wirklichkeit wird, wenn wir etwas dafür tun.

Aus: «Blätter für deutsche und internationale Politik», 6. Juni 1976
Mit gütiger Erlaubnis des Verlags

Hinweis auf ein Buch

JEAN ZIEGLER: **Eine Schweiz — über jeden Verdacht erhaben.** Luchterhand-Verlag, Darmstadt; 1976; Fr. 20.60

Die Analyse der Beziehungen der schweizerischen Oligarchie zur Dritten Welt und zum eigenen Staat des Genfer Nationalrates hat bei ihrem Erscheinen im April dieses Jahres heftige Kritik ausgelöst. Nun ist sie auch in deutscher Sprache erschienen. Wir wollen hier Stellung zu ihr nehmen, und zwar in positivem Sinn. Warum? Es ist ganz offensichtlich und mehrmals klar formuliert, daß Jean Ziegler dieses Buch geschrieben hat in der Erkenntnis des Elends und Leidens, das durch das Wirken der schweizerischen imperialistischen Oligarchie besonders auch in der Dritten Welt um sich greift. «Ich will ihre Praxis darlegen, und gleichzeitig will ich die Abhängigkeit vom Imperialismus aufzeigen, die diese Oligarchie der Schweiz als Staat und als Volk be-